

Türkei in Aufruhr



Kampf an mehreren Fronten: Im Istanbuler Viertel Gazi kam es am Montag erneut zu Zusammenstößen von Demonstranten mit der Polizei. Grund sind die Angriffe des türkischen Militärs auf Kämpfer der kurdischen PKK, die im Nordirak operieren. Ankara beantragte wegen der angespannten Lage eine Nato-Sondersitzung. FOTO: DPA **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 4**

Bremen will die Pro-Kopf-Pauschale

Druck auf den Bund: Länder fordern Hilfe zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

VON LISA BOEKHOFF
UND MICHAEL LAMBEK

Bremen-Hannover-Stuttgart. Angesichts der starken Zunahme von Asylsuchenden verstärken sich die Forderungen der Länder nach mehr Bundesunterstützung bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Bremens Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) spricht sich für eine Pro-Kopf-Pauschale aus: „Die Zahlungen des Bundes müssen gekoppelt sein an die Zahl der Flüchtlinge, die wir aufnehmen. Wir halten das für zwingend erforderlich“, so Stahmann. Es dürfe seitens des Bundes keine Obergrenze geben: „Eine pauschale Finanzierung für die Länder, in der die Zahl der Flüchtlinge sich nicht widerspiegelt, wird der Lage nicht gerecht.“

Auch Berlins Bürgermeister Michael Müller sowie Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (beide SPD) fordern angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen eine Pro-Kopf-Unterstützung seitens des Bundes. Die Ausgaben der Bundesländer für Flüchtlinge werden sich in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr vermutlich auf fünf Milliarden Euro verdoppeln.

Stahmann spricht von einer gigantischen Herausforderung für Bremen. „Wir haben uns schon länger entfernt von idealen Aufnahmebedingungen. Im Moment hangeln wir uns von Notlösung zu Notlösung.“ Die Systeme seien ausgelastet, und es kämen immer mehr Flüchtlinge. „Alle Beteiligten versuchen das Menschenmögliche. Wir wissen aber, dass wir unsere selbst gesetzten Standards nicht halten können.“

Im vergangenen Jahr hat Bremen etwa 70 Millionen Euro für Flüchtlinge ausgegeben. Nach einer Prognose vom Mai dieses Jahres rechnet die Behörde in diesem Jahr mit Kosten von etwa 125 Millionen Euro. Weil die Zahl der Flüchtlinge sich seither allerdings noch weiter nach oben entwickelt hat, dürfte auch dieser Betrag noch steigen, vermutet der Sprecher der Sozialbehörde, Bernd Schneider. „So ein Budget kann man nicht deckeln. Der Sozialstaat muss es aufbringen“, sagt er. Unabhängig vom humanitären Aspekt, der eine Aufnahme erfordere – was angesichts der Krisen in zahlreichen Regionen der Welt auch absolut gerechtfertigt sei –, stellen die Kosten letztlich auch eine Investition in die Zukunft dar. Nach einer aktuellen Schätzung der

Behörde werden in diesem Jahr etwa 6000 bis 7000 Erwachsene und 1500 bis 2000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bremen kommen.

Schneider nennt die eine Milliarde Euro, die der Bund den Ländern für dieses Jahr bislang zugesagt hat, einen „Tropfen auf den heißen Stein“. Nach dem Königsteiner Schlüssel bekäme Bremen davon rund 10 Millionen Euro – also etwa acht Prozent der prognostizierten Kosten. Schneider fordert dagegen eine stärker spürbare Entlastung, denn: „Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine nationale Aufgabe.“

Baden-Württemberg will mit mehr Aufnahmeplätzen, einer Landes-Task-Force und konsequenteren Abschiebungen auf die steigenden Flüchtlingszahlen reagieren. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) stellte am Montag nach dem zweiten Flüchtlingsgipfel im Land ein entsprechendes Maßnahmenpaket vor.

In Niedersachsen hat zwar die Landesregierung den Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen zusätzliche 120 Millionen Euro zugesagt. Doch weil die Zahlungen des Landes entsprechend dem Aufnahmegesetz erst mit zweijähriger Verspä-

tung eingehen, werden sie den tatsächlichen aktuellen Kosten der Kommunen nicht gerecht. Diese bekommen die Kosten zwar jetzt schon per Fallpauschale – 6195 Euro pro Flüchtling im Jahr – erstattet, jedoch wegen der Verspätung auf Basis alter Fallzahlen. Aktuell zahlt das Land demnach gemäß den Zahlen aus 2012/2013 – als durchschnittlich etwa 19100 Flüchtlinge versorgt werden mussten. In diesem Jahr wird dagegen mit mindestens 40000 Flüchtlingen gerechnet.

Nach Meinung des Präsidenten des Niedersächsischen Landkreistages, des Celler Landrats Klaus Wiswe (CDU), muss die Fallpauschale außerdem erhöht werden. Wiswe, der Niedersächsische Städtetag sowie der Städte- und Gemeindebund fordern, dass die Pauschale bei rund 10000 Euro pro Flüchtling im Jahr liegen sollte.

Unterdessen ist im sächsischen Freital ein Auto bei einem Sprengstoffanschlag beschädigt worden. Verletzt wurde niemand. Der Wagen gehört Michael Richter, dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Freitaler Stadtrat. Laut seiner Partei wird bereits seit Wochen gegen Richter gehetzt, weil er sich für Flüchtlinge einsetzt. **Bericht Seite 14**

Kontroverse um Klinikum Ost

Bremen (wig). Die Diskussion über die Zukunft des städtischen Klinikums Bremen-Ost beschäftigt Betriebsrat, Ortspolitik und Parlament: Die Belegschaftsvertretung stuft die angekündigte Schließung der Unfallchirurgie als Fehlentscheidung ein, signalisiert die Bereitschaft zum Gespräch über das künftige medizinische Profil – und schließt, wie es in einer Information heißt, „die große Demonstration“ nicht aus. Der Osterholzer Ortsamtsleiter Ulrich Schlüter wendet sich dagegen, dass eine Verringerung des ärztlichen Angebots an der Züricher Straße als beschlossene Sache angesehen wird. Wenn die Unfallchirurgie abgezogen werden sollte, dann müsse zunächst geklärt sein, ob dies mit der Landesregierung abgestimmt sei. Der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion in der Bürgerschaft, Peter Erlanson, befürchtet, dass mit dem Aus für die Unfallchirurgie an der Züricher Straße ein Prozess ins Rollen gebracht werde, der am Ende die „chirurgische Kompetenz am Klinikum Ost“ beeinträchtigt.

Die kommunale Klinik-Dachgesellschaft Gesundheit Nord widerspricht und betont, auch ohne die Unfallchirurgie sei die medizinische Versorgung der Bevölkerung garantiert. Eine Vorentscheidung für die künftige Ausrichtung der Klinik sei damit nicht verbunden. Hintergrund ist die Überlegung auf Senatsebene, ob sich eine Spezialisierung auf die Altersmedizin, die Psychiatrie und die neurologische Frührehabilitation anbietet. **Bericht Seite 7**

BREMEN

Frauen fast unter sich – der Beginenhof

9

Eigentlich war der Beginenhof als Wohnprojekt von Frauen für Frauen geplant. Heute leben dort auch zehn Männer. In der Schwerpunktserie „Anders wohnen“ stellen wir einige Frauen und ihre vier Wände vor.

BREMEN

Der Hilde-Adolf-Preis

10 und 11

Sie kümmern sich um Flüchtlinge oder Wohnungslose, besuchen einsame Menschen daheim – ein bürgerschaftliches Engagement, mit dem 26 Initiativen und Bremer für den Hilde-Adolf-Preis vorgeschlagen sind.

WIRTSCHAFT

Kurssturz an chinesischen Börsen

15

Chinas Aktienmärkte sind wieder im freien Fall und haben die Sorgen um das künftige Wachstum in dem Riesenreich verstärkt. Bremer Firmen glauben dennoch an ihre Geschäfte im Reich der Mitte.

WIRTSCHAFT

Pofalla wird Bahn-Vorstand

17

Die Deutsche Bahn baut angesichts ihrer Ertragschwäche den Konzern um und plant Millioneneinsparungen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird von acht auf sechs verringert. Neu in der Führungsriege ist ab 1. August der frühere Kanzleramtschef Ronald Pofalla.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	12	Rätsel & Roman	27
Fernsehen	25	Tipps & Termine	24
Lesermeinung	17	Veranstaltungsanzeigen	12

Vom Nutzen der Muße



Jürgen Wendler
über Freizeit und Urlaub

Noch vor wenigen Jahrhunderten machten Handwerksgehilfen nicht nur montags blau. So wurde zum Beispiel in der Preußischen Handwerksordnung von 1733 ausdrücklich beklagt, dass sie auch sonst dazu neigten, sich der Arbeit eigenmächtig zu entziehen und müßigzugehen. Eine Arbeitsmoral, wie sie in Deutschland seit Langem als selbstverständlich gilt, gab es damals noch nicht. Sie ist das Ergebnis von Entwicklungen seit Beginn der Industrialisierung – und nicht nur sie: Auch die Neigung, Arbeit auf der einen und Freizeit auf der anderen Seite scharf zu trennen, geht darauf zurück.

Wenn manche Arbeitgeber heute betonen, dass sie die scharfe Trennung für falsch hielten, dass Arbeit nicht nur eine Last sei, sondern auch die Möglichkeit eröffne, Spaß zu haben und sich zu verwirklichen, schlägt ihnen sofort Misstrauen entgegen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Der Druck hat in zahlreichen Betrieben über Jahre zugenommen; Freiräume sind knapper bemessen; und viele Beschäftigte haben das Gefühl, ein Korsett zu tragen, das immer enger geschnürt wird. Wer so empfindet, dem sind Urlaub und Freizeit heiliger denn je. Er wird alles kritisch beäugen, was nur im Ansatz den Anschein erweckt, er solle mehr Zeit in die Arbeit stecken.

Solche Entwicklungen zeigen nicht zuletzt, welche Risiken ein bis zum Exzess getriebenes Effizienzdenken für das Miteinander birgt. Klug ist es aber auch deshalb nicht, weil es erkennt, wie wichtig Freiräume und Muße sind – und das nicht nur im Privatleben, sondern auch bei der Arbeit. Freizeit ist weitaus mehr als nur eine Erholungsphase zur Wiederherstellung der Arbeitskraft. Viele Menschen kennen die Erfahrung, dass sie Lösungen für Probleme oder gute Ideen nicht etwa entwickeln, wenn sie unter Stress stehen, sondern dann, wenn sie Zeit zum Nichtstun oder Nachdenken haben. Wer von einer Aktivität zur nächsten hetzt, sei es bei der Arbeit oder auch in der Freizeit, leidet am Ende unter Stress und verliert an Kreativität. Auf diese aber sind nicht nur Unternehmen angewiesen. Auch die Gesellschaft benötigt kreative Menschen.

Bericht Seite 26
juergen.wendler@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Jens Knudtsen



Wenn Jens Knudtsen an diesem Dienstag ins Rathaus kommt, ist das sicherlich ungewöhnlich. Er soll hier vereidigt werden: Der 68-Jährige wird Ortsamtsleiter, ehrenamtlich und in Oberneuland. Nur dass Jens Knudtsen gar nicht aus Oberneuland kommt. Gut, muss man ja als Ortsamtsleiter auch nicht unbedingt. Aber Knudtsen kommt noch nicht einmal aus Bremen. Er wohnt in Lemwerder, Niedersachsen. Oberneuland kennt er trotzdem – und vor allem die Menschen dort. Lange war er Geschäftsführer des Lür-Kropp-Hofes, dann übernahm er die Rolle des Ständesbeamten. Und so hat er sicherlich auch ein paar von den Menschen getraut, für deren Stadtteil er ab heute als Ortsamtsleiter zuständig ist.

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

19° 12° 80%

Schauer und Gewitter
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN

